2016 über hundert Tote im israelisch-palästinensischen Konflikt

17. August 2017

Washington/Jerusalem (KNA) Im israelisch-palästinensischen Konflikt sind nach Angaben der US Regierung im vergangenen Jahr mehr als hundert Menschen getötet worden.

Bei Übergriffen in Israel starben 2016 7 Israelis, 1 US-Bürger sowie 5 palästinensische Angreifer, wie aus dem am Dienstagabend (Ortszeit) in Washington veröffentlichten Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit hervorgeht. Im selben Zeitraum wurden demnach 91 Palästinenser und 8 Israelis in Jerusalem, dem Gazastreifen und dem Westjordanland getötet. Das Verhältnis der Religionsgruppen und Ethnien in Israel und den Palästinensergebieten bleibe weiter angespannt, hieß es.

Die enge Verbindung von Religions- und Volkszugehörigkeit mache es im Einzelfall jedoch schwierig, Gewalt als ausschließlich religiös motiviert zu beurteilen. Hohes Konfliktpotenzial macht der US-Bericht besonders am Tempelberg sowie an der Klagemauer in Jerusalem aus. Israel habe im Berichtszeitraum mit Verweis auf die Sicherheitslage wiederholt den Zugang für Muslime eingeschränkt. Ursprünglich an Gazabewohner ausgestellte Besuchsgenehmigungen zu den Freitagsgebeten seien im Dezember auf unbestimmte Zeit zurückgezogen worden.

Der Zugang von Nichtmuslimen sei unter Verweis auf den geltenden Status quo auf bestimmte Zeiten begrenzt worden. Ferner seien nichtmuslimische Besucher vor dem Betreten der Stätte durch israelische Polizisten auf religiöse Gegenstände untersucht worden. Der Bericht sieht zudem eine mögliche Diskriminierung nichtorthodox-jüdischer Religionspraktiken durch die israelische Regierungspolitik. Diese beruhe ausschließlich auf der strengreligiösen Auslegung jüdischen Religionsrechts. So sei ein erzielter Kompromiss über die Erweiterung von Gebetsrechten nichtorthodoxer Gruppen an der Klagemauer von der Regierung nicht umgesetzt worden.

Ferner habe das Parlament ein Urteil des obersten Gerichts umgangen, indem es den Betreibern jüdischer Ritualbäder (Mikwen) freigestellt habe, deren Nutzung durch nichtorthodox-jüdische Gruppen zu gestatten. Dies könne zu einer Diskriminierung der nichtorthodoxen Gruppen führen, so der Bericht. Vertreter christlicher Kirchen beklagen laut dem US-Report eine Verschärfung bei der Vergabe von Visa an ausländischen Klerus, insbesondere aus arabischen Ländern. Die israelische Regierung hat eine Änderung der diesbezüglichen Politik dementiert.

(KNA – rkslq-89-00065)

Stand: 16. November 2026